

Newsletter aus Brüssel

19.10.2015, Ausgabe 8
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Auf dem Weg zum Klima-Gipfel in Paris
- EU-Parlament bewilligt 400 Millionen für Flüchtlingshilfe
- EU gewinnt Stahl-Streit gegen China
- Europäische Bahnindustrie: Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Arbeitsplätze sichern
- IG Metall Trainees zu Besuch in Brüssel
- Millionenhilfe durch EU für entlassene Opelmitarbeiter
- Europäische Gewerkschaftsbewegung fordert umfassenden Investitionsplan

Auf dem Weg zum Klima-Gipfel in Paris

Das EU-Parlament verabschiedete am 14. Oktober 2015 sein Positionspapier für die UN-Klimakonferenz in Paris. Die Europaabgeordneten machen sich stark für ein ehrgeiziges und rechtsverbindliches Abkommen.

Ein ambitioniertes, rechtsverbindliches und weltweites Klimaschutz-Abkommen ist der einzige Weg, einen dramatischen Temperaturanstieg der Erdatmosphäre zu unterbinden, so die Europaabgeordneten in ihrem verabschiedeten Positionspapier. Das EU-Parlament wird mit einer Delegation beim Klimagipfel im Dezember 2015 vertreten sein und dort für diese Ziele eintreten. Ob es letztlich aber zu rechtsverbindlichen Regelungen kommt, die im Falle der Nichteinhaltung mit Sanktionen belegt werden können, kann bezweifelt werden. Etliche Unterhändler des Klimagipfels, darunter auch die Unterhändler der EU-Staats- und Regierungschefs, sprechen inzwischen nicht mehr von rechtsverbindlichen und einklagbaren Vorgaben für die einzelnen Staaten. Ein Abkommen müsse eher gemeinschaftlich als durch Strafen erreicht werden, so der aktuelle Tenor. Auch eine mögliche Überprüfung ihrer Ziele lehnen viele Staaten ab. Die beiden größten Treibhausgasproduzenten China und die USA machten bereits von Anfang an klar, jeglicher Form internationaler Beaufsichtigung nicht zustimmen zu wollen. "Die kommenden Klimaverhandlungen in Paris stehen unter keinem guten Stern", mahnt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Fehlt ein rechtsverbindlicher Rahmen für ein internationales Klimaschutzabkommen, sehe ich die Umsetzung der ambitionierten Ziele stark in Frage gestellt. Auf diese Weise wird es schwer, das Zwei-Grad-Ziel der UN weltweit durchzusetzen."

- Entschließung des EU-Parlaments zum Klimaabkommen in Paris

EU-Parlament bewilligt 400 Millionen für Flüchtlingshilfe

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bewilligte das EU-Parlament am 14. Oktober 2015 über 400 Millionen Euro.

Die Mehrheit der Europaabgeordneten sprach sich für die Millionenhilfe aus und folgte damit einem Vorschlag der EU-Kommission. Die bewilligten Gelder sollen dafür eingesetzt werden, die Mitgliedstaaten der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu unterstützen und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Mittel stammen aus dem aktuellen Haushalt. Die IG Metall begrüßt die Initiative. Nun sei es Aufgabe der Mitgliedstaaten, die Hilfe rasch in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Die IG Metall fordert eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise – jenseits nationaler Egoismen.

EU gewinnt Stahl-Streit gegen China

Im Streit um chinesische Strafzölle auf Edelstahlrohre aus europäischer und japanischer Produktion hat die EU das Berufungsverfahren gewonnen. Das zuständige Gremium der Welthandelsorganisation (WHO) erklärte die von China erhobenen Strafzölle am 14. Oktober 2015 endgültig für nicht rechtmäßig.

China hatte europäischen und japanischen Herstellern hochwertiger Edelstahlrohre vorgeworfen, diese zu billig auf dem chinesischen Markt anzubieten, und deshalb 2012 Strafzölle erhoben. Die Spezialrohre, die u.a. von der Salzgitter AG hergestellt werden, kommen z.B. in chinesischen Kohlekraftwerken zum Einsatz. Durch die verhängten Strafzölle war der Umfang der aus Europa nach China exportierten Stahlrohre laut EU-Kommission von 90 auf weniger als 20 Millionen Euro gefallen. Die EU hatte zusammen mit Japan gegen die angebliche Anti-Dumping-Maßnahme Chinas vor der WHO geklagt – und im Februar 2015 Recht bekommen. Dagegen hatte China Berufung eingelegt. In ihrer letzten und endgültigen Entscheidung bekräftigte die WHO nun ihr Urteil, und gab den europäischen und japanischen Anbietern auch noch in weiteren Streitpunkten Recht, die in erster Instanz zugunsten Chinas entschieden worden waren. Chinesische Strafzölle auf Edelstahlrohre aus der EU und Japan sind nun endgültig Geschichte.

Europäische Bahnindustrie: Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Arbeitsplätze sichern

Am 13. Oktober fand eine hochrangige Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bahnindustrie in Brüssel statt. Die Branche steht vor großen Herausforderungen. Die IG Metall setzt auf einen nachhaltigen Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten.

Die Bahnindustrie ist eine zentrale Branche der deutschen Wirtschaft. Die Branche ist innovativ und breit aufgestellt. Sie entwickelt und fertigt Systeme und Komponenten für Schienenfahrzeuge und -infrastruktur. Eng damit verknüpft sind zahlreiche Zulieferer und Dienstleister. Dank ihrer starken Ausrichtung auf Innovation und Export gehört die europäische Bahnindustrie heute zur Weltspitze. Ein Anteil von 46% auf dem Weltmarkt für Schienenverkehrstechnik entfallen derzeit auf die europäische Industrie. Aber: Die gesamte Branche steht vor großen Herausforderungen. Besonders die stetig wachsende Konkurrenz aus Asien setzen europäische Anbieter unter Druck. Unter dem Motto "Marktführerschaft sichern: Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Bahnindustrie" fand am 13. Oktober 2015 eine Konferenz in der EU-Vertretung des Landes Hessen statt. Über 200 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften berieten über Strategien zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Bahnindustrie Europas. Die Keynote-Rede hielt die sozialdemokratische Europaabgeordnete Martina Werner, die derzeit eine Resolution zur Lage der EU-Bahnindustrie für den Industrieausschuss im Parlament erstellt. Sie machte deutlich, wie wichtig es sei, Innovationsdruck und Arbeitnehmerinteressen miteinander in Einklang zu bringen. Unter den Teilnehmern der Podiumsdiskussion war auch der IG Metalller Johannes Hauber, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Eisenbahnindustrie bei industriAll Europe. Die Podiumsgäste waren sich einig, dass sowohl die Industrie als auch die Politik schnell handeln und Maßnahmen ergreifen müsse, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhalten. Dafür müssten vor allem Forschung und Innovation gefördert, der EU-Binnenmarkt für Zulieferer der Branche erweitert und ein fairer Marktzugang für europäische Zulieferer außerhalb der EU sichergestellt werden.

Die IG Metall engagiert sich seit etlichen Jahren für die Zukunftsfähigkeit der Branche – im Sinne der Beschäftigten. Vor allem mit dem Branchenausschuss Bahnindustrie, in dem die Betriebsräte der großen und mittelständischen Unternehmen der Branche vertreten sind, will die IG Metall den Beschäftigten eine Stimme geben. "Die Bahnindustrie in Deutschland und Europa kann sich angesichts der starken Konkurrenz aus Fernost nicht auf ihren wirtschaftlichen Erfolgen ausruhen. Es muss nun darum gehen, den Erfolg des Industriezweiges nachhaltig zu sichern – mit und für die Beschäftigten der Branche", betont Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Industrie- und Europapolitik. "Die IG Metall will den Strukturwandel mitgestalten. Sie richtet ihre Aktivitäten danach aus, wie Arbeitsplätze und Beschäftigung sowie Gute Arbeit gesichert werden können."

IG Metall Trainees zu Besuch in Brüssel

Im Rahmen ihrer Ausbildung als hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter besuchten die IG Metall Trainees vom 11. bis 13. Oktober 2015 die "EU-Hauptstadt" Brüssel, um vor Ort einen Einblick in die europäische Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen.

Während ihrer europapolitischen Studienreise besuchten die IG Metall Trainees zunächst das Internationale Gewerkschaftshaus, in dem sich auch das IG Metall EU-Verbindungsbüro befindet. Sie sprachen dort u.a. mit Vertretern des europäischen Metallerdachverbandes industriAll und des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Außerdem traf die Gruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss die frisch gewählte Vorsitzende der dortigen Arbeitnehmergruppe Gabriele Bischoff (DGB) sowie

einen Vertreter der EU-Kommission (Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration) zu Informationsgesprächen. Im EU-Parlament hatten die Trainees dann die Möglichkeit, mit dem Europaabgeordneten Thomas Händel (Die Linke), Vorsitzender des Beschäftigungsausschusses, über die Rolle des EU-Parlamentes in der europäischen Sozialpolitik zu sprechen.

Das Team des IG Metall EU-Verbindungsbüros wünscht den Trainees alles Gute für ihre zukünftige Arbeit bei der IG Metall.

Millionenhilfe durch EU für entlassene Opelmitarbeiter

Das Europäische Parlament hat am 6. Oktober 2015 mit großer Mehrheit für Hilfen von fast sieben Millionen Euro für frühere Beschäftigte bei Opel in Bochum gestimmt.

Über 20 Jahre waren viele Opelaner in Bochum bei dem Autobauer beschäftigt, bevor das Werk im Dezember 2014 endgültig geschlossen wurde. Von den insgesamt 3.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind bislang nur ca. 250 über eine durch Opel mitfinanzierte Transfergesellschaft in neue Stellen vermittelt worden. Nun bewilligte das Europäische Parlament zur Unterstützung der ehemaligen Opelaner EU-Mittel in Höhe von fast sieben Millionen Euro. Das Geld soll in entsprechende Förderprojekte fließen und stammt aus dem EU-Globalisierungsfonds. Insgesamt beschlossen die Europaabgeordneten Gelder zur Projektförderung in Höhe von 14,6 Millionen Euro für über 7.000 entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branchen Automobil und Luftfahrt in den Ländern Deutschland, Belgien und Italien. Zum Hintergrund: Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung besteht seit 2014. Er soll Arbeitnehmer bei der Rückkehr an den Arbeitsmarkt unterstützen, die ihre Jobs infolge gravierender Strukturveränderungen verloren haben. Konkrete Gründe sind zum Beispiel die Schließung eines großen Unternehmens oder die Verlagerung einer Produktionsstätte ins Ausland. Generell kommt der Fonds dort zum Einsatz, wo mehr als 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines einzigen Unternehmens – einschließlich Lieferanten und nachgelagerten Unternehmen – oder eines einzigen Industriezweiges ihre Arbeitsplätze verlieren. Der Fonds verfügt über ein maximales Jahresbudget von 150 Millionen Euro und läuft zunächst bis zum Jahr 2020. Es können bis zu 60% der Kosten, die für förderungswürdige Projektmaßnahmen anfallen, aus dem Fonds bestritten werden.

- Weitere Informationen zum Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
 - Entschließung des Europäischen Parlaments
-

Europäische Gewerkschaftsbewegung fordert umfassenden Investitionsplan

Unter dem Motto "Eine gerechte Gesellschaft, gute Arbeit und Arbeitnehmerrechte" fand vom 29. September bis 2. Oktober 2015 der Kongress des Europäischen

Gewerkschaftsbundes (EGB) in Paris statt. In die neue EGB-Führungsspitze wurde auch ein IG Metalller gewählt.

Nach den Eröffnungsreden hochrangiger Gäste, u.a. des französischen Staatspräsidenten François Hollande, des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und des Präsidenten des EU-Parlamentes Martin Schulz, diskutierten rund 1.300 Teilnehmer aus 39 Ländern über Kernthemen der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Im Zentrum standen Alternativen zur verfehlten Krisenpolitik in Europa. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren sich einig, dass der bisherige Sparkurs die wirtschaftlich schlechte Lage in vielen EU-Staaten nicht löse, sondern im Gegenteil nur weiter verschlimmere. Statt Deregulierung und Sozialdumping brauche es starke Sozialstandards und sozialen Fortschritt – auch, um antieuropäische Ressentiments und rechtspopulistische Tendenzen zu bekämpfen. Die Delegierten bekräftigten in ihrem "Pariser Manifest" die Forderung nach einem Investitionsplan für Europa, der über die Maßnahmen des "Juncker-Plans" signifikant hinausgeht. Nur durch eine Steigerung öffentlicher Investitionen mit einem Volumen von mindestens 2% des BIP über die nächsten zehn Jahre könne man der Massenarbeitslosigkeit in den Krisenländern nachhaltig entgegenwirken. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der EGB-Exekutive trat vehement für mehr Demokratie am Arbeitsplatz ein: "Beim Thema Investitionen geht es um die Zukunft der Beschäftigten. Wir müssen uns daher dafür einsetzen, das Modell der Mitbestimmung europaweit auszubauen."

Die Delegierten sprachen sich außerdem für ein ambitioniertes internationales Klimaschutzabkommen sowie eine proaktive europäische Asylpolitik aus. "Mit ihren 60 Millionen Mitgliedern bleibt die europäische Gewerkschaftsbewegung ein Bollwerk gegen jede Form von Intoleranz und wird sich weiterhin für eine humanitäre Antwort auf diese humanitäre Krise einsetzen", heißt es in einer einstimmig verabschiedeten Resolution. Am letzten Kongresstag wählten die Delegierten eine neue EGB-Führungsspitze. Als Präsident wurde Rudy De Leeuw gewählt, bislang Präsident des belgischen Gewerkschaftsbundes FGTB-ABVV. Neuer Generalsekretär ist der Italiener Luca Visentini. Seine beiden Stellvertreter sind die Schwedin Veronica Nilsson und der deutsche IG Metalller Peter Scherrer.

- [Programm des EGB-Kongresses \(EN\)](#)
- [Pariser Manifest des EGB](#)
- [Resolution des EGB-Kongresses zur Flüchtlingskrise](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand